

25

2023

1998

JAHRE

# INHALT

<b>GRUSSWORT</b> DR. HANS-ECKARD SOMMER .....	2
<b>VORWORT</b> KEMAL GÜLCEHRE .....	4
<b>AUS DEM ARCHIV:</b> TAZ ARTIKEL VOM 19. MAI 1998: STIMME FÜR ZWEITE GENERATION .....	6
<b>STIMMEN DES BZI</b> .....	8
<b>DIE GESCHICHTE DER INTEGRATIONSBEIRÄTE:</b> POLITISCHE TEILHABE UND POLITISCHE BILDUNGSARBEIT – EIN INTERVIEW MIT ARGYRI PARASCHAKI-SCHAUER .....	10
<b>UNSERE THEMEN</b> .....	16
POLITISCHE TEILHABE .....	18
GESELLSCHAFTSPOLITIK .....	22
ANTIRASSISMUS .....	28
STÄRKUNG DES EHRENAMTS .....	32
BILDUNGSGERECHTIGKEIT .....	36
<b>MITGLIEDER DES BZI</b> .....	40
<b>AUSBLICK:</b> UND WIE WEITER? HEUTE, MORGEN ÜBERMORGEN VON RITA WIESE-KOCHANKAITE .....	42
<b>IMPRESSUM</b> .....	44

# GRUSSWORT

DR. HANS-ECKHARD SOMMER

Sehr geehrte Damen und Herren,  
der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) blickt auf nunmehr 25 Jahre erfolgreiche Arbeit zurück. Anlässlich dieses bedeutenden Meilensteins möchte ich allen Mitgliedern des BZI im Namen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge meinen herzlichen Glückwunsch aussprechen.

Seit seiner Gründung vor 25 Jahren hat sich der BZI zu einer unverzichtbaren Plattform entwickelt, um die Stimmen und Perspektiven der Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland zu repräsentieren und sichtbar zu machen. Der BZI hat in dieser Zeitspanne vielfältige Herausforderungen bewältigt und bedeutende Fortschritte für das Zusammenleben in Deutschland erzielt, indem er mit seinen Aktivitäten das Bewusstsein verstärkt hat, dass eine erfolgreiche Integration in all ihren Dimensionen den Schlüssel zur Stärkung der Gesellschaft darstellt.

Ein besonders wichtiger Aspekt hierbei ist die Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund vor Ort in den Kommunen. In einer Demokratie ist es unerlässlich, dass jede Stimme gehört wird und alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit haben, aktiv an politischen Prozessen teilzunehmen. Insbesondere die kommunale Arbeit des BZI spielt hierbei eine entscheidende Rolle, bildet sie doch das Scharnier

zwischen den Menschen vor Ort einerseits und der politischen Ebene andererseits. Maßgebliche Akteure hierbei sind die kommunalen Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte. Sie fungieren als Plattform für den Austausch zwischen verschiedenen Kulturen und Hintergründen. Die Mitglieder der Beiräte bringen auf Basis ihrer Dialoge und Erfahrungen vor Ort ihre Ideen und Belange ein, setzen die Projektarbeit vor Ort um und stärken so proaktiv Diversität, gesellschaftliche Beteiligung und Demokratieförderung. Damit sind sie unverzichtbare Vermittler zwischen den kommunalen Entscheidungsträgern und den Bedürfnissen der Menschen vor Ort.

Durch die langjährige Förderung von Beteiligungsstrukturen und die Schaffung von Begegnungsräumen zwischen Personen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen ist es dem BZI gelungen, entscheidend zu einem gerechteren und diversitätsorientierten Gesellschaftsleben beizutragen.

Die Reflexion über die Arbeit eines Vierteljahrhunderts regt jedoch nicht nur zur Rückschau, sondern auch zum Blick in die Zukunft an. Denn wir stehen als Gesellschaft vor neuen Herausforderungen – aber auch vor sich immer auftuenden Chancen, wenn es um die Zukunft gelingender Integration und die Förderung des gesellschaftlichen Miteinanders geht. In einer zunehmend globalisierten Welt ist es unerlässlich, dass wir

gemeinsam unsere Anstrengungen intensivieren, um uns für eine Gesellschaft einzusetzen, die auf Respekt, Toleranz und Verständnis basiert.

Die Zukunft der Integrationsarbeit und die unermüdliche Arbeit des BZI zur Förderung politischer Teilhabe erfordert eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen Regierung, Verwaltung, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und den Menschen vor Ort. Gemeinsam müssen wir uns dafür einsetzen, dass Toleranz und politische Teilhabe, aber auch Verständnis für unsere Demokratie und unsere liberale Gesellschaftsordnung, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens fest verankert werden. Das ist auch die Grundvoraussetzung dafür, dass die Vielfalt unseres Landes als gemeinsame Stärke wahrgenommen wird. Dies erfordert auch weiterhin ein offenes Miteinander, den Abbau von Vorurteilen und die Schaffung von Chancengleichheit.

Ich bin zuversichtlich, dass wir diesen Weg gemeinsam erfolgreich beschreiten werden. Mit dem BZI haben wir eine Institution, die für die Belange der Menschen mit Migrationshintergrund eine wichtige Stimme und Anlaufstelle ist.

In diesem Sinne wünsche ich den Leserinnen und Lesern eine spannende Lektüre dieser Jubiläumsschrift und hoffe, dass sie einen inspirierenden Einblick in die Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Integrationsarbeit bietet.

**Dr. Hans-Eckhard Sommer,  
Präsident des Bundesamts für  
Migration und Flüchtlinge (BAMF)**



# VORWORT

## KEMAL GÜLCEHRE

Liebe Leser\*innen, die Gründung des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI) als Vertretung der Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte war ein wichtiger Meilenstein für die Verankerung und Rückkopplung dieser Gremien auf Bundesebene. Doch um die Bedeutung des BZI in den 25 Jahren seines Bestehens zu verstehen, lohnt sich ein kurzer Blick in die Geschichte. Seit den 1970er Jahren entstanden bundesweit kommunale Beiräte, um die Belange der immer pluraler werdenden Bevölkerung in der Kommunalpolitik aufzugreifen und einen politischen Zugang für Migrant\*innen zu schaffen. Denn zu dieser Zeit gab es weder Maßnahmen, um Eingewanderten das Einfinden zu erleichtern oder ihnen politischen Einfluss als Wähler\*innen zu geben, noch hatte Deutschland ein Selbstverständnis als ein Einwanderungsland entwickelt.

Ende der 1980er Jahre führte die zunehmende Organisation und Institutionalisierung der kommunalen Beiräte zur Gründung von Landesverbänden, die sich schließlich im Jahr 1998 zum Bundesausländerbeirat – dem heutigen BZI – zusammenschlossen. Als einzige demokratisch gewählte Vertretung von Menschen mit Migrationsgeschichte auf gesamtdeutscher Ebene verleiht der BZI diesen eine bundesweite Stimme und ist somit ein wichtiger Motor für politische Teilhabe mit und ohne deutschen Pass. Zugleich ist er ein Fachverband für Integrationspolitik und konnte

sich als wichtiger Ansprechpartner für Politik, Medien und Zivilgesellschaft etablieren. Die jährlichen BZI-Fachtage genießen ein sehr gutes Renommee und haben mittlerweile ihren festen Platz im Kalender des Fachpublikums.

Die heutige Stärke des BZI resultiert auch aus dem Professionalisierungsprozess, der in den vergangenen sechs Jahren durch die Förderung im Rahmen der Strukturförderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Auftrag des Bundesministeriums des Innern und für Heimat ermöglicht wurde. In diesen Jahren entwickelte sich der BZI von einer ehrenamtlichen Engagement und Ressourcen basierenden Organisation hin zu einer inhaltlich starken und aktiven Interessenvertretung mit einem breiten Angebot an Dienstleistungen (Tagungen, Projekte, Qualifizierungen) für seine Mitglieder und mit einer lauten Stimme in gesellschaftlichen Debatten.

Zahlreiche Projekte, die in dieser Zeit erfolgreich konzipiert und umgesetzt wurden, gehören zur „Erfolgsgeschichte BZI“. So bildeten beispielsweise die Projekte *Vielfältig, demokratisch, kommunal!* oder *Kommunal, politisch, aktiv (KommPAktiv)*, die sich an migrantische Vertreter\*innen kommunaler Beiräte richteten, eine wertvolle bundesweite Ergänzung zu den Angeboten der Landesverbände. Mit den Projekten *Politik Akademie der Vielfalt, Erinnerung Aller Machen, Pass(t)*

*Genau! Beratungsnetzwerk für Einbürgerungsinteressierte* oder dem in Kürze startenden Projekt *Klimapolitik – kommunal und vielfältig!* und zahlreichen weiteren Aktionen stellt der BZI sicher, dass sein Engagement signifikant zur Verbesserung der Lebenssituation und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte sowie zur Sichtbarmachung ihrer Belange und bestehender Missstände in der Gesellschaft beiträgt. Somit prägt der BZI den öffentlichen Diskurs und bringt (s)eine migrantische Perspektive in alle Themen der gesellschaftspolitischen Agenda ein.

Als amtierender Vorsitzender des Fördervereins freue ich mich sehr über das Jubiläum, das der BZI im Jahr 2023 begeht. Möglich ist dies durch das Engagement einer ganzen Reihe von Menschen. Es wäre unmöglich, sie alle im Rahmen eines Grußwortes zu nennen. Fest steht jedoch, dass allen, die in den vergangenen 25 Jahren an dieser Erfolgsgeschichte mitgewirkt haben, unser Dank gebührt. Der BZI ist für die Zukunft gut aufgestellt und blickt optimistisch auf die nächsten 25 Jahre. Ich, für meinen Teil, freue mich auf die nächsten Meilensteine!

**Ihr / Euer  
Kemal Gülcehre,  
Vorsitzender des Fördervereins des  
Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats e. V.**



## AUS DEM ARCHIV: TAZ ARTIKEL VOM 18. MAI 1998: STIMME FÜR ZWEITE GENERATION

Die kommunalen Ausländerbeiräte wollen mehr Einfluß und gründen einen Bundesverband. Wahlrecht für Immigranten und Abschaffung des antiquierten Ausländergesetzes gefordert.

Berlin (taz). — Die Deutschen gelten gemeinhin als ein Volk der Vereinsmeier und Funktionäre. Seit dem Wochenende gibt es einen weiteren Verband in Deutschland. Die Mitglieder organisieren sich nach deutschem Recht, sprechen deutsch untereinander und sind meist Mitglieder in deutschen Parteien. Nur den deutschen Paß haben die meisten nicht.

45 Delegierte von 450 kommunalen Ausländerbeiräten gründeten am Wochenende den „Bundesausländerbeirat“. Als Dachverband der demokratisch gewählten lokalen Ausländerbeiräte erhebt das Gremium den Anspruch, die Vertretung nichtdeutscher Einwohner aus dreizehn Bundesländern der Bundesrepublik zu sein. Einzig die ausländischen Bürger von Berlin, Hamburg und Bremen werden nicht repräsentiert, da sich die Vertreter der dortigen Ausländer nicht an der Gründung des Bundesverbandes beteiligten.

Auf der Gründerversammlung am Samstag wurde Murat Çakir vom Kasseler Ausländerbeirat zum Vorsitzenden gewählt. Der 38jährige sagt von sich selbst, er sei ein „klassischer Vertreter der zweiten Generation“ von Einwanderern. In Istanbul geboren, kam er schon

mit neun Jahren in die Bundesrepublik. Çakirs Vater, eigentlich Friseurmeister, heuerte wie die meisten seiner Landsleute als Arbeiter an. Bei Volkswagen in Baunatal baute er jahrelang des Deutschen liebsten Kleinwagen. Heute sind Çakirs Eltern längst in Rente. Ihr Sohn arbeitet als Dolmetscher, studiert nebenbei Architektur und spielt gern mit seinen Identitäten: „Vom Gefühl her bin ich Nordhesse.“ Çakir ist Mitglied der SPD und bezeichnet sich als „linken Sozialisten“. Als Vorsitzender des neuen Verbandes sei er aber selbstverständlich zur Überparteilichkeit verpflichtet.

Der türkische Nordhesse hat sich eine Menge vorgenommen. Es gelte, ein Wahlrecht für ausnahmslos alle Einwohner der Bundesrepublik durchzusetzen, so der Vorsitzende des jungen Verbandes. „Kein Bürgerrecht darf von der Herkunft eines Menschen abhängig sein“, sagt Çakir. Einen Forderungskatalog von 15 Punkten verabschiedeten die Delegierten in Osnabrück. Darin fordern sie unter anderem die Abschaffung des geltenden Ausländerrechts. Dieses sei zutiefst integrationsfeindlich und gehe an der Realität von „40 Jahren Einwanderung nach Deutschland“ vorbei.



Fordert nicht nur diese Frau, sondern auch der Bundesausländerbeirat Foto: M. Schröder/argus

Osnabrück. Darin fordern sie unter anderem die Abschaffung des geltenden Ausländerrechts. Dieses sei zutiefst integrationsfeindlich und gehe an der Realität von „40 Jahren Einwanderung nach Deutschland“ vorbei.

Erst einmal wird der frischgewählte Vorsitzende jedoch für die politische Anerkennung des neuen Verbandes streiten müssen. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Schirmherrschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder für die Gründungsversammlung.

Dennoch: Ein Bundesausländerbeirat ist im Institutionengewirr bislang nicht vorgesehen. Streit ist vorprogrammiert, etwa

Erst einmal wird der frischgewählte Vorsitzende jedoch für die politische Anerkennung des neuen Verbandes streiten müssen. Ein erster Schritt in diese Richtung war die Schirmherrschaft des SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder für die Gründungsversammlung.

Dennoch: Ein Bundesausländerbeirat ist im Institutionengewirr nicht vorgesehen. Streit ist vorprogrammiert, etwa wenn Murat Çakir die Abtretung von Kompetenzen der Beauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen, Cornelia Schmalz-Jacobsen (FDP), an seinen Verband fordert. „Wir sind mündig und wollen unsere Interessen selbst vertreten.“

Die Finanzierung des neuen Verbandes ist noch völlig unklar. Çakir und seine Mitstreiter hoffen auf Bundesmittel: „Für jeden Ausländer nur eine Mark,

das wäre ein Budget von 7.3 Millionen.“ Anders als einige Landesverbände, etwa in Hessen, arbeiten beim Bundesausländerbeirat bislang nur ehrenamtliche Mitarbeiter. Das soll sich rasch ändern, selbst der Aufbau einer Bundesgeschäftsstelle in Bonn ist geplant.

Die demokratische Legitimation der Ausländerbeiräte ist jedoch umstritten. Die lokalen Gremien können keine Entscheidungen treffen, aber beratend auf Stadtverwaltungen einwirken. Wahlberechtigt für die kommunalen Ausländerbeiräte sind alle Nichtdeutschen über 18, in einigen Kommunen dürfen auch 16jährige schon wählen. Die Wahlbeteiligung ist meist sehr niedrig. In Frankfurt am Main stimmten 1997 nur 11.520 von 145.793 Wahlberechtigten über ihre Vertreter ab.

Robin Alexander



## STIMMEN DES BZI

### WIESO IST DIE EXISTENZ KOMMUNALER BEIRÄTE AUCH HEUTE NOCH WICHTIG?

**SEYHMUS ATAY-LICHTERMAN**

Migrantenrat Rostock

Kommunalbeiräte sind für unsere repräsentative Demokratie elementar. Denn Menschen mit Einwanderungsgeschichte sind auf politischer Ebene unterrepräsentiert. Deshalb sind kommunale Migrant\*innenräte für sehr viele Menschen die einzige Möglichkeit, politisch zu partizipieren.

**ANNA STAHL-CZECHOWSKA**

Ehemalige Vorsitzende des BZI

Der Landesbeirat für Integration und Migration (heute für Partizipation) hat mir einen Impuls für meine berufliche Arbeit gegeben und mich ermutigt, in der Verwaltung zu arbeiten. Besonders interessant finde ich die Möglichkeit, sich auf der Bundesebene zu beteiligen und mit anderen Beiräten eng auszutauschen.

### WAS VERBINDEN SIE MIT DEM BZI ?

**KRZYSZTOF BLAU**

Stv. Vorsitzender des BZI

Ich stehe in meiner ehrenamtlichen Arbeit als Vorsitzender des Beirates für Integration und Migration und als Integrationsbeauftragter Magdeburgs für eine gelebte Einwanderungsgesellschaft, die interkulturelle Öffnung von Institutionen, eine reale Inklusion im Bildungssystem und die Bekämpfung von strukturellem Rassismus. Der BZI vertritt diese Ziele auf Bundesebene und ist für mich eine unentbehrliche Stimme in der Bundespolitik.

**RÉKA LORINCZ**

Ehemalige Geschäftsleitung von Agaby

Mich trägt bis heute unser gemeinsames Engagement für das Kommunale Wahlrecht für ALLE im bundesweiten Netzwerk *Wir wählen*, das in ein gemeinsames Commitment für diese bitter nötige demokratische Gleichstellung aller hier lebenden Menschen mündet. Wir sind bereit!

# DIE GESCHICHTE DER INTEGRATIONSBEIRÄTE: POLITISCHE TEILHABE UND POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Ein Interview mit Argyri Paraschaki-Schauer, stellvertretende Vorsitzende des BZI und Geschäftsführerin des Landesverbands der kommunalen Migrant\*innenvertretungen Baden-Württemberg (LAKA).

## DIE GESCHICHTE DER INTEGRATIONSBEIRÄTE

**Seit den Nuller-Jahren verfestigt sich auch im Politischen das Selbstverständnis Deutschlands als Einwanderungsland. Bis dahin war es jedoch ein langer Weg. In welcher Tradition steht diesbezüglich der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat?**

•••

Der BZI ist seit seiner Entstehung dafür da, das föderale System in Deutschland widerzuspiegeln, das unterteilt ist in Zuständigkeiten auf kommunaler Ebene und auf der Bundesebene. Bis zur Gründung der Landesverbände in den 1990er Jahren haben die Beiräte kommunale Themen bearbeitet, bis die Notwendigkeit für einen Zusammenschluss auf Landesebene deutlich wurde, um auch Themen, die in diesen Zuständigkeitsbereich gehören, bearbeiten zu können, beispielsweise Bildung. Als Landesverbände haben wir dann mit dem BZI eine Repräsentanz auf Bundesebene und einen Ansprechpartner für die Bundespolitik geschaffen. Zur Tradition des BZI gehört auch, dass es bis zu dessen Gründung

zwar Verbände gab, die ihre eigenen Interessen vertreten haben, aber niemanden, der sich, wie der BZI, überparteilich, überkonfessionell, überethnisch und ehrenamtlich für alle Migrant\*innen und Menschen mit Fluchtgeschichte einsetzt. Da sich Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte aber sehr häufig mit ähnlichen Problemen und Anliegen konfrontiert sehen, war es uns wichtig, als BZI mit einer gemeinsamen Stimme Ansprechpartner für diese Menschen, die Politik und die Behörden zu werden.

**Die Wurzeln des BZI liegen also in den Kommunen. Wie haben sich die kommunalen Verwaltungen seit der Gründung entwickelt?**

•••

Das Verständnis für die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung der Behörden ist zwar gewachsen, allerdings haben wir in vielen Bereichen in Deutschland unterschiedliche Geschwindigkeiten. Bisher finden interkulturelle Öffnungsprozesse vorwiegend im sozialen Bereich statt, also zum Beispiel im Be-

reich der Migrationspolitik, aber bei Weitem nicht in anderen Bereichen, wie Bau, Stadtentwicklung etc. Hier sind wir von interkulturellen Öffnungsprozessen leider noch weit entfernt.

**Aus der Perspektive einer kommunal verankerten politischen Interessenvertretung: Was braucht es, um den Prozess der interkulturellen Öffnung in den Kommunen noch weiter zu unterstützen?**

•••

Das Verständnis, dass Migration und Integration eine Querschnittsaufgabe für alle Ämter der Verwaltung ist, muss noch weiter gefördert werden. Bei der Erschließung neuer Baugebiete, bei Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich, bei der Schaffung von Beteiligungsformen wie Bürger\*innenräten muss der Gedanke zentral sein, wie *alle* Menschen miteingeschlossen werden können. Dazu gehört es auch, Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft mitzudenken. Das Thema interkultureller Öffnungsprozess muss deshalb wesentlich stringenter angegangen werden als bisher.



**Welche Veränderung nehmen Sie seit der Entstehung der Integrationsbeiräte und Landesverbände bei der migrantischen Selbstorganisation insgesamt wahr?**

•••

Der BZI, seine Landesverbände und die kommunalen Beiräte haben das klare Ziel der Stärkung der politischen Teilhabe. Dazu gehört zum einen, die Zahl der politischen Entscheidungsträger\*innen zu erhöhen, indem Menschen durch die Mitwirkung in unseren Strukturen lernen können, politisch zu agieren. Zum anderen ist es wichtig, die gebündelte Expertise in die Politik miteinzubringen, etwa bei

Anhörungen zu Gesetzesvorhaben, um Dinge im Sinne einer inklusiven Gesellschaft mitzugestalten. Das Wissen, das in den Parlamenten fehlt, wird also durch die Zusammenarbeit mit dem BZI ergänzt. So können Gesetze gemacht werden, die alle Menschen berücksichtigen.

Ich glaube, es gibt immer noch viel Handlungsbedarf, um Menschen zu politischem Engagement zu motivieren. Das liegt einerseits daran, dass viele Menschen, die zu uns kommen, vor politischen Systemen fliehen und keine Notwendigkeit sehen, sich einzubringen. Andererseits kommen nicht alle Menschen aus demokratischen Systemen, in denen Mitwirkung erwünscht ist. Hinzu kommen kulturelle Unterschiede – nicht überall auf der Welt ist es zum Beispiel selbstverständlich, dass sich Frauen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen; Politik wird oft immer noch als sogenannte Männerdomäne wahrgenommen. Deshalb ist es so wichtig, kulturelle und strukturelle Barrieren abzubauen, um neu zugewanderte Menschen zu politischer Partizipation zu befähigen.

Eine weitere erfreuliche Veränderung in der migrantischen Selbstorganisation der letzten Jahre und Jahrzehnte ist, dass diese politischer geworden ist. Das Engagement in den Parteien ist gewachsen. Außerdem gibt es mehr Verständnis dafür, dass politische Entstehungsprozesse aktiv begleitet und gestaltet werden müssen, um Veränderung herbeizuführen.

## ERFOLGE DES BZI

### Welche Rolle spielen Integrationsbeiräte für die politische Teilhabe von Migrant\*innen?



Unsere Beiräte sind wichtige Partner in der Zusammenarbeit mit Verwaltung und Politik. Sie sind ein erster Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen und vermitteln wertvolles praktisches Wissen dazu, wie das politische System funktioniert und wie man sich darin einbringen kann. Unsere Beiräte sind auch ein zentraler Sammelpunkt für die Vertretung ethnienübergreifender Interessen und bieten niedrigschwellige Hilfestellungen ohne kulturelle Zugangsbarrieren. Die Beiräte sind Brückenbauer zwischen Verwaltung und Politik, aber auch zwischen unterschiedlichen Menschen mit Migrationshintergrund und damit sehr wichtig für demokratische Teilhabe.

### Und welche Rolle spielt das Engagement in Migrant\*innen-Vertretungen auf dem Weg zu einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft?



Migrantisches Engagement trägt einen großen Teil zu einer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft bei. Es fördert die Repräsentation und Sichtbarmachung von Vielfalt und sensibilisiert dafür. Migrantisches Engagement bringt darüber hinaus Themen und Blickwinkel in gesellschaftliche Bereiche und Diskussionen ein, die oftmals unberücksichtigt bleiben.

Eine Einwanderungsgesellschaft profitiert deshalb sehr stark vom Wissen und der Vielfalt von Migrant\*innen.

### Wo sehen Sie aktuell noch Stolpersteine in der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland?



Ich sehe immer noch Verbesserungsbedarf im starken Stadt-Land-Gefälle: In Großstädten gelingt es uns deutlich besser, Vielfalt sichtbar zu machen und Gremien zu etablieren, als im ländlichen Raum. Wir haben zudem ein Gefälle zwischen Ost und West, das geschichtlich bedingt ist. Die Zuwanderung der sogenannten Gastarbeiter\*innen in den 1950er und 60er Jahren erfolgte hauptsächlich im damaligen Westdeutschland, sodass in den ostdeutschen Bundesländern bis heute wesentlich weniger Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte leben. Trotzdem müssen Migrant\*innenvertretungen flächendeckend etabliert werden. Die Herausforderung besteht aktuell auch darin, politische Versäumnisse aus der Vergangenheit auszubessern. Zugewanderte Menschen wurden lange nicht ausreichend zur politischen Teilhabe motiviert. Dies möchten wir heute ändern, indem wir neu zugewanderten Menschen wesentlich früher Beteiligungsangebote machen. Dabei ist unser Ziel nicht die Assimilation, sondern die gemeinsame Gestaltung der neuen deutschen Einwanderungsgesellschaft.

### Im März 2020 führte der LAKA Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg eine Bestandsaufnahme aller kommunalen Migrant\*innenvertretungen im Bundesland durch. Beteiligt haben sich 40 Kommunen und ein Landkreis mit über 900 Gremienmitgliedern. Was waren die zentralen Ergebnisse?



Der Studie voran ging die Diskussion über die Frage, wie viele Beteiligungsgremien wir im Land haben, da auch auf kommunaler Ebene und innerhalb der Städte, Gemeinden und Landkreise diesbezüglich wenig kommuniziert wurde. Baden-Württemberg hat zudem, anders als andere Bundesländer, die Voraussetzung, dass die Integrationsbeiräte nicht in der Gemeindeordnung verortet sind, sondern im Rahmen des landesweiten Partizipations- und Integrationsgesetzes etabliert werden können. Eine zentrale Erkenntnis der Studie war, dass sich die bestehenden Gremien ganz unterschiedlich zusammensetzen, zum Teil in Form von Ausschüssen, zum Teil als Beiräte und damit losgelöst von der Gemeindeordnung. Auch die Größe, die Zusammensetzung und Arbeitsstrukturen unterscheiden sich stark. Deutlich wurde auch, dass der Erfolg dieser Gremien stets mit dem Engagement Einzelner steht und fällt. Außerdem zeigte die Studie, dass sich Migrant\*innenvertretungen verstärkt in den 1980er Jahren und dann wieder ab den Nuller-Jahren gebildet haben. Sie bestehen in Form von Integrationsbeiräten,



wobei die wenigsten Beiräte direkt demokratisch gewählt, sondern berufen werden.

#### DIE LEGITIMITÄT DER INTEGRATIONSBEIRÄTE

**Wahlen zählen zum Kern der formalen politischen Partizipation. Die geringe Wahlbeteiligung bei den Integrationsbeiräten, die in einigen Kommunen unter 20 Prozent liegt, hat dazu geführt, dass die Beiräte als Interessenvertretung immer wieder in Frage gestellt wurden. Wie steht es also um die Existenzberechtigung der Integrationsbeiräte?**

•••

Ich denke, dass der Vergleich in diesem Bereich immer hinkt. 20 Prozent Beteiligung ist unter Berücksichtigung der wenigen ehrenamtlichen Ressourcen, die vorhanden sind, ein beachtenswertes Ergebnis. Wir vergleichen Gemeinderats- oder Oberbürgermeisterwahlen mit Integrationsbeiratswahlen, was nicht legitim und den in den Integrationsbeiräten ehrenamtlich aktiven Menschen gegenüber nicht fair ist. Dazu kommt, dass Integrationsbeiräte in ihrer Zusammensetzung sehr heterogen sind. Das heißt, es gibt kein Parteibuch, nach dem sich alle Mitglieder richten, und es gibt auch keine Gelder wie in einer Partei. Das Verfahren ist so, dass Menschen vieler unterschiedlicher Ethnien, sozio-ökonomischer und sozio-kultureller Hintergründe zusammenkommen, um Mehrheiten für bestimmte Positionen zu finden. Hierbei so eine hohe Wahlbeteiligung wie beispiels-

weise bei Oberbürgermeisterwahlen zu erreichen, die übrigens aktuell auch immer weiter zurück geht, ist deshalb kein realistisches Ziel.

**Gibt es gelungene Beispiele für ein Wiederaufleben oder eine Neuentwicklung dieser Strukturen mit höheren Partizipationsergebnissen?**

•••

Die Wahlen wurden stets mit sehr wenigen Mitteln, gerade auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, durchgeführt, was sich heute durch Social Media etwas verändert hat. Wir haben heute mehr Möglichkeiten, unser Handeln bekannt zu machen, was mittlerweile bereits von vielen Beiräten über unterschiedliche Kanäle getan wird.

Wichtig wäre aber auch die institutionelle Förderung der Beiräte und des BZI als Dachorganisation, damit diese mehr und bessere Arbeit leisten und dabei auch mehr Menschen erreichen können. Dafür wären dementsprechend geformte Bundespartizipations- und Demokratiefördergesetze sehr hilfreich.

#### DIE ZUKUNFT DES BZI

**Wie können kommunale Integrationsbeiräte, die Landesverbände und der BZI in Zukunft weiter gestärkt werden?**

•••

Ich würde mir wünschen, dass die Beiräte in allen Bundesländern die Verankerung in der Gemeinde-



ordnung haben. Auch würde ich mir wünschen, dass Parteien ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung nachkommen, indem sie selbst mehr für Vielfalt in ihren Reihen sorgen. Solange das nicht der Fall ist, müssen der BZI und seine Mitglieder durch finanzielle Zuwendungen gefördert, und ihre Expertise von Politik und Behörden mehr angenommen und abgerufen werden. Das wiederum stärkt uns als BZI, da es zu mehr Mitwirkung und stärkerer Beteiligung motiviert. Auch die Zivilgesellschaft ohne Migrationshintergrund kann uns noch mehr unterstützen, indem sie migrantische Teilhabe in allen Gesellschaftsbereichen, nicht nur im sozialpolitischen Bereich, fördert und Menschen nicht auf ihr kulturelles Dasein reduziert, sondern deren ganzes

Repertoire an Fähigkeiten fördert und zum Einsatz kommen lässt.

**Was wünschen Sie sich für den BZI?**

•••

Ich wünsche mir weiterhin eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb des Verbands und innerhalb der Gremien und viel Resilienz und Kraft für die weiterhin anstehenden Aufgaben. Denn eins ist klar: Vom Abschaffen des BZI sind wir so weit entfernt, wie noch nie. Die Arbeit des BZI ist wichtiger denn je und dabei ist es trotz aller Ernsthaftigkeit der Themen wichtig, dass wir als ehrenamtlich Aktive nicht den Optimismus und den Spaß an der Arbeit verlieren.

# UNSERE THEMEN

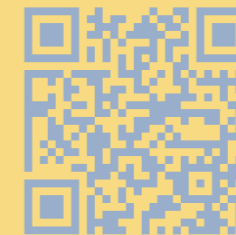
Das übergeordnete Ziel des BZI besteht darin, das Einwanderungsland Deutschland in Richtung teilhabegerechte Einwanderungsgesellschaft zu lenken. Dazu setzen wir politische Impulse durch Projektarbeit, Aktionen, öffentliche Bildungsarbeit und Publikationen, ebenso wie durch Gremien- und Netzwerkarbeit in verschiedenen Gesellschaftsbereichen.

Die folgenden Seiten richten den Blick auf die zentralen Themen des BZI und die vielseitigen Aktionen und Projekte, mit denen wir unsere Visionen mit Leben füllen – in den vergangenen Jahren, heute und in Zukunft.

Ausführliche und aktuelle Informationen über Veranstaltungen, Aktionen und Projekte sowie über die Themenbereiche des BZI gibt es auf unserer Webseite:



Förderprojekte



Aktivitäten



Presse

# POLITISCHE TEILHABE

Der BZI möchte mit seiner Arbeit zu einem gerechten, diversitätsorientierten und -sensiblen Gesellschaftsleben in Deutschland beitragen. Dafür wirbt er bundesweit für ein stärkeres Engagement und einer vielfältigen politischen Teilhabe von Migrant\*innen und Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte.

Die Ausweitung der Möglichkeiten der politischen Partizipation von Migrant\*innen sowie die Sensibilisierung für verschiedene Möglichkeiten der Teilhabe mit und ohne deutschen Pass innerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sind deshalb wichtige Handlungsfelder des Verbands.



## POLITIK AKADEMIE DER VIELFALT (PADV)

Das Modellprojekt bringt Menschen mit eigener oder familiärer Migrations- oder Fluchtgeschichte und die Politiklandschaft näher zusammen. Durch die Vermittlung von theoretischem Wissen und praktischen Tools unterstützt *PAdV* die Teilnehmenden bei der Umsetzung ihrer individuellen Projektideen. Außerdem schafft die Akademie einen Raum für niedrigschwellige Vernetzung, sowohl unter den Teilnehmenden als auch mit Politiker\*innen und Aktivist\*innen. *PAdV* möchte geschlossene Türen in Politik und Gesellschaft öffnen und trägt so nicht nur zu mehr Vielfalt in der Politiklandschaft bei, sondern schafft auch zahlreiche stärkende und verbindende Momente.

Das Projekt wird gefördert durch: Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI); Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration Rheinland-Pfalz; Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration Nordrhein-Westfalen.



POLITIK AKADEMIE  
DER VIELFALT  
Aktiv für eine vielfältige Demokratie



## YOUNG UP!

Das Modellprojekt *Young Up!* trägt mit vielseitigen Maßnahmen zu nachhaltiger politischer Teilhabe und dem Abbau struktureller Hürden in der Politiklandschaft bei. Das „Rundum-Programm“ ist ein politisches Empowerment-Programm für junge BIPOC von 17 bis 35 Jahren mit Community- Wochenenden, Online-Workshops, Austauschrunden mit Politiker\*innen und Aktionsgruppen, in denen die Teilnehmenden politische Forderungen ausarbeiten. Darüber hinaus gibt es im Projektrahmen einzelne Workshops für bereits engagierte BIPOC aller Altersgruppen sowie eine wissenschaftliche Begleitstudie, durchgeführt vom Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR).

Das Projekt wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.



## #VIELFALTERZÄHLT

Migrant\*innen sind zwar seit einigen Jahren in Parteien und öffentlichen Institutionen besser vertreten, dennoch sind sie weiterhin stark unterrepräsentiert. Somit werden Anliegen und Interessen migrantischer und geflüchteter Personen nicht ausreichend vertreten.

Im Rahmen der Aktion *Vielfalt Erzählt* begleitete der BZI die Bundestagswahl 2021 und ihre Akteur\*innenlandschaft in all ihren Facetten, mit einem besonderen Fokus auf Vielfalt und Teilhabe. Neben 13 spannenden Kurzinterviews mit politisch Aktiven aus den demokratischen Parteien und Ämtern entstanden auch inspirierende Gespräche mit acht geflüchteten und neu

eingewanderten Personen, die in Ostdeutschland gesellschaftspolitisch aktiv sind.

Die aufgezeichneten Interviews stehen im Videoformat und als Grafiken auf der Website des BZI zu Verfügung.





## VIELFÄLTIGE FRAUENSTIMMEN DEUTSCHLANDS

Mit dem Ziel einer gerechten Gesellschaft kämpft der BZI gegen alle Formen struktureller Benachteiligung und verfolgt dabei einen intersektionalen Ansatz.

Anlässlich des internationalen Frauentags 2021 startete der BZI deshalb die Social Media-Kampagne *Viefältige Frauenstimmen Deutschlands*, um die Vielfalt der Gesichter, Lebensentwürfe und Ideale von Frauen\* in der Migrationsgesellschaft sichtbar zu machen. Zahlreiche Frauen\* folgten dem Aufruf und nahmen mit ihrer persönlichen Botschaft der Vielfalt an der Aktion teil. Daraus entstand eine vielfältige Kampagne, die über Soziale Netzwerke geteilt wurde.

Die gemeinsame Botschaft: Eine starke Stimme für Gleichberechtigung ist in einer solidarischen Gesellschaft unverzichtbar!



## STELLUNGNAHMEN IN FACHVERBÄNDEVERFAHREN

Gesetze betreffen alle Menschen, die in diesem Land leben. Doch nicht alle haben die Möglichkeit, mitzuentcheiden, etwa aufgrund des fehlenden Wahlrechts für Menschen ohne deutschen Pass.

Als bundesweite Interessenvertretung bündelt der BZI seit seiner Gründung das Wissen, die Expertise und die Bedarfe von Menschen mit Migrations- und Fluchtgeschichte und vertritt deren Interesse auf Bundesebene. Zu diesem Zweck beteiligt sich der BZI an Fachverbändeverfahren zu Gesetzesentwürfen und positioniert sich in gesellschaftlichen Debatten, wie beispielsweise durch Stellungnahmen zur Staatsangehörigkeitsrecht, zum

Fachkräfteeinwanderungsgesetz oder zur Streichung des Begriffs „Rasse“ aus dem Grundgesetz.



## KOMMUNALES WAHLRECHT FÜR ALLE

Wahlen sind der Motor unserer Demokratie. In Deutschland dürfen aber rund 8,7 Millionen erwachsene Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht wählen, obwohl sie dauerhaft hier leben. Die demokratische Kluft zwischen Wahl- und Wohnbevölkerung wächst stetig. Der BZI und seine Mitglieder fordern deshalb seit ihrer Gründung die Einführung des Kommunalen Wahlrechts für ALLE.

Als Mitinitiator der Aktion *Hier lebe ich – hier wähle ich* und im Netzwerk *Wir wählen* schloss sich der BZI 2017 mit zahlreichen weiteren Organisationen und

Initiativen zusammen, um sich für das Recht auf politische Mitbestimmung in Deutschland einzusetzen. Im Rahmen der Aktion wurden symbolische Wahlen für Personen durchgeführt, die nicht offiziell wahlberechtigt sind und die Stimmzettel an die gewählten Abgeordneten überreicht.

## PASS(T) GENAU! BERATUNGSNETZWERKE FÜR EINBÜRGERUNGSINTERESSIERTE

Mit dem neuen Projekt *Pass(t) Genau!* schafft der BZI in zwei Modellregionen eine niedrigschwellige Beratungsstruktur für einbürgerungsinteressierte Personen. Dazu werden ehrenamtlich Engagierte zu *Einbürgerungslots\*innen* ausgebildet und begleiten fortan Menschen auf ihrem Weg zum deutschen Pass. Denn allein die gesetzliche Liberalisierung des Staatsangehörigkeitsrechts reicht nicht aus, um Menschen zur Einbürgerung zu motivieren. Vielmehr bedarf es vielseitiger unterstützender Maßnahmen in der Praxis, um Einbürgerungen nicht nur rechtlich, sondern auch tatsächlich zu erleichtern.

Das Projekt wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.

# ANTIRASSISMUS

Rassismus und Diskriminierung sind keine Randerscheinung, sondern traurige Lebensrealität vieler Menschen in Deutschland. Um dies nachhaltig zu bekämpfen, setzt sich der BZI auf institutioneller und gesellschaftlicher Ebene für einen anti-rassistischen Wandel ein. Dafür müssen institutionalisierte rassistische Praktiken, Denk- und Handlungsstrukturen durchbrochen werden und eine zivilcouragierte und diskriminierungskritische Haltung in der Zivilgesellschaft gestärkt werden. Mit diesem Ziel initiiert der BZI Impulse, Aktionen und Projekte und einen kontinuierlichen Austausch zwischen Wissenschaft, Praxis, Zivilgesellschaft und Ehrenamt.



## VIelfÄLTIG, DEMOKRATISCH, KOMMUNAL! INTEGRATIONSBEIRÄTE ALS DEMOKRATISCHE AKTEURE STÄRKEN

Ehrenamtlich Engagierte aus der Migrationsgesellschaft sind häufig rassistischen Anfeindungen und demokratiefeindlicher Hetze ausgesetzt – ein Zustand, dem das Projekt *Vielfältig, Demokratisch, Kommunal* etwas entgegensetzen wollte. Mit einem vielseitigen Workshop- und Trainingsangebot konnten Vertreter\*innen kommunaler Integrationsbeiräte kohärente Strategien im Umgang mit Rassismus, Rechtspopulismus, Antisemitismus und allen Arten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entwickeln und so ihr politisches Engagement stärken.

Das Projekt wurde gefördert von der Bundeszentrale für Politische Bildung.



**Vielfältig,  
demokratisch,  
kommunal!**





## AKTIONEN IM RAHMEN DER INTERNATIONALEN WOCHEN GEGEN RASSISMUS

Anlässlich der Internationalen Wochen gegen Rassismus setzt der BZI mit verschiedenen Aktionen ein Zeichen gegen Rassismus und rechte Gewalt. Im Jahr 2021 wurde so beispielsweise unter dem Hashtag #AufleuchtenGegenRassismus eine virtuelle Lichterkette geschaffen, die mit zahlreichen Einsendungen ein digitales Zeichen der Solidarität und des Zusammenhalts setzte. Um die Kontinuität rassistischer Gewalt in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken, organisierte der BZI bei der Eröffnungsveranstaltung der Internationalen Wochen gegen Rassismus (IWgR) 2023 in Schwerin eine

Lichtinstallation mit einem Kurzvideo zur Mahnung, Erinnerung und zum Gedenken am Mecklenburgischen Staatstheater. Das Kurzvideo wurde außerdem im Rahmen der offiziellen Eröffnungsveranstaltung der IWgR im Schloss Schwerin gezeigt



## RASSISTISCHE GEWALT IM KONTINUUM ZUR #ERINNERUNGALLERMACHEN

Hoyerswerda (1991), Rostock-Lichtenhagen (1992), Mölln (1992), Solingen (1993), Halle (2019) und Hanau (2020) — diese und viele weitere Städte stehen als mahnende Schauplätze für das Kontinuum rassistischer und rechtsextremer Gewalt in Deutschland. Die zahlreichen rassistischen Taten ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, eine würdige, Betroffenen-zentrierte Erinnerungskultur voranzutreiben und die Zivilgesellschaft in ihrer antirassistischen Praxis zu stärken, waren die Ziele des Projekts *ErinnerungAller* und der jährlichen Aktionen zum 19. Februar in Gedenken an das rassistische

Attentat von Hanau. Um möglichst viele Menschen zu erreichen, organisierte der BZI bundesweite Lichtinstallationen, einen Kurzfilm zur Kontinuität rassistischer Gewalt seit dem Mauerfall, interdisziplinäre Podiumsdiskussionen und Social Media-Kampagnen.

Das Projekt wurde gefördert von der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt und der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung (SenJustVA), die Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung.

# STÄRKUNG DES EHRENAMTS

Die Wurzeln des BZI liegen im Artikel § 28 des Grundgesetzes, der den Kommunen die Rechtsgrundlage bietet, Gremien wie Integrationsbeiräte einzurichten, die sich mit kommunalen Bedarfen und Anliegen befassen. Der BZI vertritt rund 400 solcher demokratisch legitimierten Migrationsbeiräte, in denen sich insgesamt 6000 Menschen ehrenamtlich politisch engagieren. Die Vernetzung und Stärkung seiner ehrenamtlichen Mitglieder kommunaler Migrations-, Integrations- und Ausländerbeiräte, etwa durch Qualifizierungsmaßnahmen und Empowerment Workshops, ist deshalb ein Hauptanliegen des BZI.



## STRUKTURFÖRDERUNG FÜR MIGRANT\*INNENORGANISATIONEN

Seit 2017 ist der BZI Teil des Strukturförderungs-Programms, mit dem das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Migrant\*innenorganisationen beim Ausbau ihrer Dachstrukturen und bei der Professionalisierung ihrer Arbeit unterstützt. Durch einen nachhaltigen Strukturaufbau sowie eine fachlich-wissenschaftliche Begleitung konnten der BZI so in den letzten Jahren die bundesweite Integrationsarbeit nutz- und sichtbar machen und seine hauptamtliche Geschäftsstelle in der Bundeshauptstadt ausbauen. So erreichte der BZI wichtige Meilensteine und konnte sich als starke Stimme von Menschen mit Migrationsgeschichte auf Bundesebene

verankern. Im November 2023 endet die zweite Phase der Strukturförderung.

Das Projekt wird gefördert vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF).



## HILFE, ICH BIN IM VORSTAND

Verbandsarbeit ist eine sehr bedeutende institutionalisierte Form des Engagements und der informellen politischen Teilhabe. Ehrenamtliche Vorstände leisten mit ihren knappen Geld- und Zeitressourcen einen wichtigen Beitrag dazu, unsere Gesellschaft vielfältiger zu gestalten. Als Unterstützungsangebot für ehrenamtliche Vorstandsarbeit vermittelte das BePart-Teilprojekt wichtige Kompetenzen aus den Bereichen der Vorstands-, Lobby- und Netzwerkarbeit. Das Ziel des Projekts bestand darin, ehrenamtliche Vorstände migrantischer Organisationen zu stärken und zu befähigen,

ihre Arbeit effizient, ressourcenschonend und wirksam zu gestalten. Das Projekt wurde gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, die Bundeszentrale für Politische Bildung und Minor.

## KOMMPAKTIV – KOMMUNALE INTEGRATIONSBEIRÄTE QUALIFIZIEREN, DEMOKRATIE STÄRKEN

Das Projekt *KommPAktiv* setzte sich zum Ziel, die ehrenamtlichen Mitglieder kommunaler Integrationsbeiräte fit für die Kommunalpolitik zu machen und ihnen Werkzeuge für ihr politisches Engagement an die Hand zu geben, um bestehende kommunale Integrationsstrukturen zu fördern und zu verbessern. Dazu wurden im Rahmen des Projekts Fortbildungs- und Qualifikationsseminare sowie Empowerment Workshops für Beiratsmitglieder in drei Modellregionen angeboten.

Das Projekt wurde gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und

Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.



# BILDUNGS- GERECHTIGKEIT

Besonders dann, wenn zugewanderte Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene keinen lückenlosen und inklusiven Bildungsweg vorweisen können, bleiben ihnen in Deutschland zahlreiche Möglichkeiten verwehrt. Der BZI setzt sich für einen gerechten Zugang zu Bildung für alle und für ein inklusives Bildungssystem ein – von der Kita bis zur Berufsausbildung.



## KAUSA TRANSFER ELTERNARBEIT @ OST

Eltern spielen eine wichtige Rolle in der beruflichen Orientierung ihrer Kinder. Deshalb ist es wichtig, dass sie die verschiedenen Möglichkeiten der beruflichen Bildung kennen. Denn nur so können Eltern ihre Kinder beim Einstieg ins Berufsleben bestmöglich unterstützen. Im Rahmen des *KAUSA Transfer*-Projekts werden deshalb gemeinsam mit den Mitgliedern kommunaler Integrationsbeiräte zugewanderte Eltern über das deutsche Bildungssystem und insbesondere über die duale Ausbildung informiert. Im Rahmen des Projekts entstand außerdem ein Instrumentenkoffer, der zur Elternberatung genutzt werden kann.

Das Projekt wird gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen der Initiative Bildungsketten.

## KAUSA-Transfer Elternarbeit @Ost

.....  
**Ausbildung und Migration**



## RESOLUTION: DER BZI FORDERT EIN INKLUSIVES BILDUNGSSYSTEM

2022 verabschiedete der Bundesvorstand des BZI eine Resolution zur Stärkung des bedarfsgerechten Handelns gegenüber neu zugewanderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Der BZI fordert darin eine stetige Weiterentwicklung und Modernisierung unseres Bildungssystems hin zu einem System gelebter Inklusion, in dem den individuellen Bildungs-Bedürfnissen jedes jungen Menschen Rechnung getragen wird. Ein inklusives Bildungssystem muss Förderung dort ermöglichen, wo sie notwendig ist – im Einzelfall auch über das gesetzliche Schulalter hinaus, um eventuelle Nachteile durch z. B.

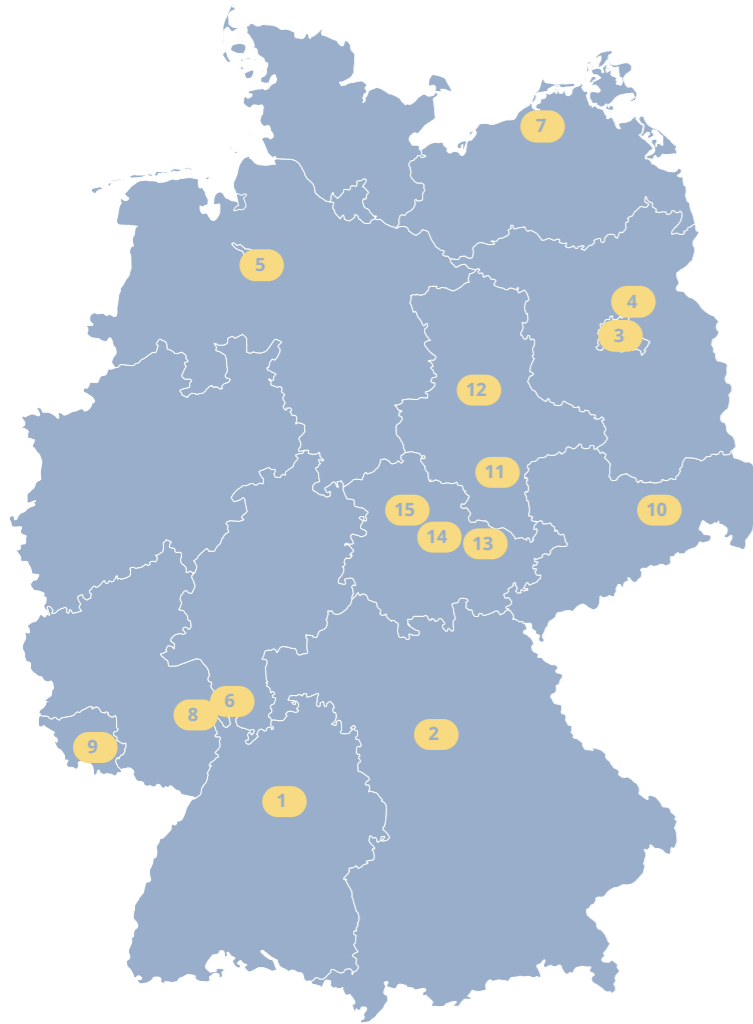
Flucht oder Migration auszugleichen. Denn die Sicherung von Wissenszugängen, insbesondere für Kinder und Jugendliche, ist die Grundlage einer gerechten Gesellschaft.



## SPRACHKITAS

Einen parlamentarischen Abend zur Frage „Wie weiter mit den Sprachkitas?“ leitete die BZI-Vorständin Rita Wiese-Kochankaite mit den folgenden Worten ein: „Sprache ist der wichtigste Schlüssel zur Teilhabe. Wer sich ausdrücken kann, kann die eigenen Ideen einbringen, kann sich in der Schule und am Arbeitsplatz verständlich machen und letztlich am demokratischen Prozess partizipieren.“ Deshalb setzte sich der BZI gemeinsam mit der Stiftung Haus der kleinen Forscher und dem FRÖBEL-Kindergarten für eine Weiterführung des Bundesprogramms *Sprachkitas* ein.

# MITGLIEDER DES BZI



## BADEN-WÜRTTEMBERG

**1 LAKA:** Landesverband der kommunalen Migrantenvertretungen Baden-Württemberg

[www.laka-bw.de](http://www.laka-bw.de)

## BAYERN

**2 AGABY:** Arbeitsgemeinschaft der Ausländer-, Migranten und Integrationsbeiräte Bayerns

[www.agaby.de](http://www.agaby.de)

## BERLIN

**3** Landesbeirat für Partizipation

[www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipationsbeirat](http://www.berlin.de/lb/intmig/themen/partizipationsbeirat)

## BRANDENBURG

**4 MIR:** Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg e. V.

[www.mir-brandenburg.de](http://www.mir-brandenburg.de)

## BREMEN

**5 BRI:** Bremer Rat für Integration

[www.bremer-rat-fuer-integration.de](http://www.bremer-rat-fuer-integration.de)

## HESSEN

**6 AGAH:** Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen

[www.agah-hessen.de](http://www.agah-hessen.de)

## MECKLENBURG-VORPOMMERN

**7 MIGRO:** Migrantenrat der Hansestadt Rostock

[www.migrantenrat.de](http://www.migrantenrat.de)

## RHEINLAND-PFALZ

**8 AGARP:** Arbeitsgemeinschaft der Beiräte für Migration und Integration in Rheinland-Pfalz

[www.agarp.de](http://www.agarp.de)

## SAARLAND

**9 SIR:** Saarländischer Integrationsrat

[www.facebook.com/saarlandischer.integrationsrat](http://www.facebook.com/saarlandischer.integrationsrat)

## SACHSEN

**10 IAB:** Integrations- und Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Dresden

[www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/auslaenderbeirat.php](http://www.dresden.de/de/rathaus/politik/stadtrat/auslaenderbeirat.php)

## SACHSEN-ANHALT

**11** Ausländerbeirat Halle

[www.auslaenderbeirat-halle.de](http://www.auslaenderbeirat-halle.de)

**12** Beirat für Integration und Migration Magdeburg

[www.magdeburg.de/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Integration-Migration/Integrationsstrukturen/Beirat-Integration-Migration](http://www.magdeburg.de/B%C3%BCrger-Stadt/Leben-in-Magdeburg/Integration-Migration/Integrationsstrukturen/Beirat-Integration-Migration)

## THÜRINGEN

**13** Migrations- und Integrationsbeirat der Stadt Jena

[www.wahlen.jena.de/de/migrationsbeirat](http://www.wahlen.jena.de/de/migrationsbeirat)

**14** Ausländerbeirat der Stadt Weimar

[www.auslaenderbeirat.weimar.de](http://www.auslaenderbeirat.weimar.de)

**15** Ausländerbeirat Erfurt

[www.erfurt.de/ef/de/leben/fuer/migranten/beirat/index.html](http://www.erfurt.de/ef/de/leben/fuer/migranten/beirat/index.html)

# UND WIE WEITER? – HEUTE, MORGEN, ÜBERMORGEN

## RITA WIESE-KOCHANKAITE

Wir wissen es, unsere Regierung weiß es und auch die meisten Menschen in Deutschland wissen und verstehen es: Deutschland ist ein Einwanderungsland.

Dennoch werden Menschen, die nicht Müller oder Lehmann heißen, noch viel zu oft von Ressentiments von Mitgliedern der sogenannten Dominanzgesellschaft begleitet. Aktuell scheint sich das weiter zu verstärken. So lassen die neuesten Umfrageergebnisse ein Erstarken von Parteien erkennen, die sich offen gegen jegliche Zuwanderung positionieren, sich rassistisch äußern, andere ausgrenzen, beleidigen und diffamieren. Einerseits sind viele Hürden in Einwanderungs- und Integrationsfragen überwunden und wir bewegen uns in Richtung einer Einwanderungsgesellschaft. Andererseits schärfen sich gesellschaftliche Trennlinien und rassistische Ressentiments gegen Migrant\*innen und deren Nachkommen. Und die Herausforderungen werden perspektivisch zunehmen, etwa durch die gravierenden Folgen des Klimawandels, die unweigerlich globale Migrations- und Fluchtbewegungen nach sich ziehen werden.

Als Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat haben wir viele Visionen für die Zukunft. Die Anerkennung von Deutschland als Einwanderungsland ist nur einer von vielen Schritten auf dem Weg zu einer teilhabegerechten Einwanderungsgesellschaft.

Auf diesem Weg dürfen echte Teilhabe und Chancengleichheit für alle Menschen in der Bildung, am Arbeitsplatz, in Vereinen und politischen Ämtern, in Verwaltungen und Wirtschaftsverbänden keine bloße Vision bleiben. Dies zu verwirklichen ist eine Gemeinschaftsaufgabe, die wir als bundesweiter Zusammenschluss kommunaler Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte und ihrer Landesorganisationen begleiten. Dabei warten wir nicht auf Veränderung – sondern ermutigen und bestärken Menschen, sich hier und heute für aktive demokratische Teilhabe und politische Partizipation zu engagieren. Denn sämtliche Transformationsprozesse in unserer Gesellschaft werden nur gelingen, wenn alle Menschen aktiv und auf Augenhöhe daran beteiligt sind.

Als einzige demokratisch legitimierte Vertretung aller Menschen mit sogenannter Migrationsgeschichte in Deutschland werden wir auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten auf politischer Ebene wirken und unablässig Dialogräume einfordern, um migrantische Lebensrealitäten transparent zu machen. Dies impliziert auch den konsequenten Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung.

Wir werden die Entwicklung der letzten 25 Jahre fortsetzen, indem wir unser proaktives, strategisch handelndes Kompetenzzentrum in den Bereichen Integration

und politische Partizipation weiterentwickeln. Zu diesem Zweck werden wir die kommunal verankerte fachpolitische Expertise noch stärker bündeln und multiplizieren, kommunale Integrations-, Migrations- und Ausländerbeiräte und ihre Landesorganisationen ausrüsten und die Gründung neuer Beiräte und Landesverbände, wie zuletzt in Greifswald oder Parchim in Mecklenburg-Vorpommern, unterstützen. Schließlich sind es die kommunalen Beiräte, die unmittelbar dort, wo das Leben stattfindet, politische Teilhabe mitgestalten.

Der BZI bleibt unentbehrlich, denn homogene Gesellschaften gab es nie und wird es auch zukünftig nicht geben. Wir werden deshalb auch in Zukunft beharrlich daran arbeiten, dass Menschen mit Migrationsgeschichte in jeder Hinsicht und auf allen Ebenen Gleichwertigkeit und Wertschätzung innerhalb der Gesellschaft erfahren – sei es am Arbeitsplatz oder im Sportverein, in der Gemeindevertretung oder im Bundestag.

Bleiben wir also trotz aller aktuellen und kommenden Herausforderungen ungemindert engagiert und in Kontakt mit allen gesellschaftlichen Akteuren in den Kommunen, den Ländern und auf Bundesebene. Seien wir optimistisch und fördern auch unseren eigenen Nachwuchs, z. B. durch eine neu zu gründende Jugendorganisation des BZI, denn nur so können wir wirklich mit Zuversicht auf die nächsten Jahre schauen.

Wir haben allen Grund, stolz auf das bisher Erreichte zu sein. Mit Blick auf die Zukunft sollten wir uns die Worte der Migrationsforscherin Naika Foroutan stets vor Augen halten:



**„Wir sind hier nicht mehr nur die Fremden, die dazugekommen sind, sondern wir prägen als Migrant\*innen und Nachkommen von Migrant\*innen schon lange auch das, was deutsche Identität genannt wird.“**

Genau das muss unser stetiges Ziel mit Blick auf zukünftige Migrantinnen und Migranten sein und mit Ausdauer, Mut und Zuversicht können wir es gemeinsam erreichen!

**Rita Wiese-Kochankaite**  
**Stellvertretende Vorsitzende des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats**

# IMPRESSUM

Förderverein des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats e. V.  
Brunnenstr. 181  
10119 Berlin  
www.bzi-bundesintegrationsrat.de

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitwirkenden für ihre Beiträge.

**Redaktion:** Anna Eberhardt, Milena Rinck

**Bildnachweise:** Alle Bilder ©BZI, außer:

S. 5: © BAMF | LOPEZ

S. 10: Seyhmus Atay-Lichtermann: © Paul Zimansky,  
Anna Stahl-Czechowska: © Kopf und Kragen

S. 11: Krzysztof Blau: © Krzysztof Blau,

Réka Lörincz: © Réka Lörincz

S. 23: © 123comics

S. 25: © Buntbüro

S. 26, 28, 29, 36: © Janine Lancker

S. 41: © Stephan Specht

**Layout:** Grafikladen Berlin

**Erscheinungsjahr:** 2023

Die Finanzierung dieser Broschüre erfolgt mit Mitteln des Bundesprogramms Strukturförderung für Migrant\*innenorganisationen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge.

Gefördert durch:



Bundesministerium  
des Innern  
und für Heimat



Bundesamt  
für Migration  
und Flüchtlinge

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages



Förderverein des  
Bundeszuwanderungs-  
und Integrationsrat e. V.



